

## **Rede des Bundesvorsitzenden der Senioren-Union der CDU Deutschlands, Prof. Dr. Otto Wulff, bei der 18. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union am Montag, 30. August 2021 in Magdeburg**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Freundinnen und Freunde,

heute treffen wir uns in der alten Kaiserstadt Magdeburg zu unserer Bundesdelegiertenkonferenz im Vorfeld einer Bundestagswahl, die zu Recht als historische Richtungs-  
wahl bezeichnet werden kann. Es geht am 26. September darum, den Angriff von Rot-Rot-Grün auf den Wohlstand in Deutschland abzuwehren. Corona, die Flutkatastrophe und die große Befürchtungen auslösenden Vorgänge in Afghanistan haben die politische Landschaft in Unruhe versetzt.

Wir alle müssen deshalb die letzten Wochen bis zur Wahl nutzen, um den Führungsanspruch der Union bei der Bewältigung der großen Herausforderungen deutlich zu machen. Dies wird uns umso mehr gelingen, wenn wir noch überzeugter unseren politischen Vorstellungen Nachdruck verleihen, statt eigene öffentlich in Frage zu stellen. Im Wahlkampf ist solches Verhalten töricht.

Bald drei Jahre sind vergangen, seit wir uns an dieser Stelle in Magdeburg versammelt und unsere politischen Vorstellungen für die folgende Zeit entwickelt haben. Wir machten Vorschläge zur Außen- und Innenpolitik, insbesondere aber stellten wir wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen auf, die für die ältere Generation von Bedeutung waren. Das alles geschah natürlich in der Erwartung, dass unsere Arbeit entsprechende Reaktionen auslösen und positive Berücksichtigung in der Gesetzgebung finden würde, nicht zuletzt auch zur Stärkung unserer freiheitlichen Gesellschaft. Doch urplötzlich, gewissermaßen über Nacht mussten wir erleben, dass die Umsetzung aller unserer Pläne, unsere Wünsche, unsere guten Absichten und Vorschläge, die mit viel Mühe und Arbeit verbunden waren, von heute auf morgen durch eine Pandemie überlagert wurden, geschweige denn, noch auf genügend Aufmerksamkeit stießen. Die meisten Menschen gerieten in eine Art Schockzustand angesichts der nicht ausreichenden Schutzmaßnahmen und der kaum noch für möglich gehaltenen Erkenntnis, dass Menschenwerk allein keinesfalls ausreicht, alles Tun und Lassen in der Welt bestimmen zu können. Coronakrise, Überflutungen und die Katastrophe in Afghanistan sind nicht die ersten großen Heimsuchungen, die die Menschen in ihrer Geschichte erschütterten. Andere der Apokalypse gleichende, möglicherweise noch weit schlimmere Katastro-

phen haben bereits mehrfach mit voller Wucht ihre Absichten durchkreuzt und sie gelehrt, innezuhalten und nachzudenken. Doch wie so oft wurden Schicksalsschläge schnell wieder vergessen, ohne dass daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen wurden. Jedenfalls haben in den vergangenen Monaten Coronakrise, eine ungezähmte Überschwemmung und brutales, menschenverachtendes Verhalten einer räuberischen Kaste von Religionskriegern uns eine Realität vor Augen geführt, die wir nicht mehr übersehen dürfen und aus denen wir umgehend hier und heute Konsequenzen für die Zukunft ziehen müssen.

In relativ kurzer und überschaubarer Zeit hat sich unser Planet in einer Weise verändert, wonach jede ernste Bedrohung selbst in den abgelegensten Winkeln des Erdballs binnen weniger Tage und Wochen auch alle übrigen Regionen der Mutter Erde erreichen und dort sein Unheil fortsetzen kann. Coronakrise und Wassermassen haben bewiesen, dass böse und tödliche Krankheitserreger und Überflutungen vor keiner staatlichen oder natürlichen Grenze Halt machen und deshalb weltweit jede internationale Zusammenarbeit im wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Austausch bedrohen, sogar die Überlebensstrategie unserer Zivilisation in Frage stellen.

Die Atomkatastrophe von Fukushima war nicht allein ein Störfall für die japanischen Inseln, sondern ein Desaster auch für andere Teile der Welt, dies umso mehr, weil solche Ereignisse sich plötzlich und ohne Ankündigung jederzeit wiederholen können. Dürreperioden, Kriegsereignisse, die sich in weiter Ferne auf einem unserer fünf Kontinente abspielen, führen neben einer Hungersnot und Flucht in der Regel auch zu Bevölkerungswanderungen mit der Folge, dass Staatsgrenzen anderer Länder ins Wanken geraten und deren Bewohner hinter den Grenzpfählen unübersehbare Probleme bekommen.

Niemand soll glauben, sich allein durch Technik und Wunschdenken solchen Herausforderungen wirkungsvoll entziehen zu können. Die Welt hat sich gewandelt, und zwar durch die Menschen. Jetzt müssen diese darüber nachdenken, wie sie sich selbst zu wandeln haben, um eine Welt zu erhalten, in der sie in Zukunft leben wollen, vor allem sicher und frei.

Es ist zwecklos, wenn wir in der Umweltpolitik nur weiter darüber diskutieren, ob die gegenwärtigen Temperaturen, die Abwechslung von Regen und Sonne, nur allein mit dem sogenannten Wetter oder doch weit mehr mit dem Klimawandel zu tun haben. Die ansteigende Häufung extremer Witterungsereignisse und Temperaturschwankungen zeigt jedenfalls an, dass diese keine atmosphärischen Zufälligkeiten mehr sind, sondern deutliche Zeichen für eine bedrohliche und stetig ansteigende Erderwärmung. Jedenfalls mehren sich die Anzeichen, dass von einem weitgehend stabilen Klimasystem wohl nicht mehr gesprochen werden kann. Unbestritten ist jedenfalls, dass sich die Erde in den vergangenen Jahren um 1,2 Grad erwärmt hat. Wenn der Weltklimarat nun dringend empfiehlt, den von den Menschen gemachten Klimaanstieg auf unter 2

Grad zu beschränken, besser hingegen auf nur um 1,5 Grad, dann ist es höchste Zeit, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch fossile Brennstoffe in dem Maße zurückzufahren, dass seine negativen Auswirkungen in der Atmosphäre unterbleiben. Nur so kann eine Stabilisierung des Klimasystems erreicht werden. Wenn von den Sonnenstrahlen immer weniger vom Erdboden in den Weltraum reflektiert werden können, weil die ausgestoßenen Gase die Atmosphäre verdichten, dann wird sich die Wärme einem Treibhauseffekt gleich auf der Welt in einer solchen Weise erhöhen, dass sich ungeheure Mengen an zusätzlichem Wasserdampf bildet, der anschließend in Form riesiger Regengüsse auf die Erde zurückprasselt.

Darüber hinaus werden durch Verschiebung der Wetterzonen weitere Dürregebiete und Wüsten entstehen, deren Folgen unübersehbar sind. Klimapolitik muss, so sie Erfolg haben soll, und da beißt die Maus keinen Faden ab, muss auf eine globale Politik mit verbindlichen Vereinbarungen zielen. Die Schließung eines Kohlekraftwerks in unserem Land bei gleichzeitigem Bau von zusätzlichen Kohlekraftwerken in anderen Staaten, wie das in China, Indien, Australien und Südafrika geschieht, schafft jedenfalls keine Lösung. Und wenn Verbrennungsmotoren durch Elektrotechnik oder Wasserstoff ersetzt werden, dann hat das überall in der Welt zu erfolgen. Deutschland kann dabei eine besondere Hilfestellung leisten.

Infolge seiner außergewöhnlichen Erfahrung auf dem Gebiet der Technik, kann es der Welt als eine der großen Industrienationen die Möglichkeit verschaffen, CO<sub>2</sub>-freie Energie zu erzeugen, die neben den eigenen Interessen unbestritten auch denen der Weltgemeinschaft zugutekommt. Wenn es uns gelingt, CO<sub>2</sub>-freie Energie zu erzeugen, die billiger ist als die aus fossilen Brennstoffen, dann werden umgehend auch alle anderen Staaten, nicht zuletzt die Entwicklungsländer, ihre Kohlekraftwerke abschalten und auf die neuen Energieerzeuger umsteigen. Jetzt ist es die Stunde der Physiker, Chemiker, der Naturwissenschaftler und Ingenieure und nicht der Ideologen und Verbotspolitiker.

In der Klimapolitik haben die Bundesregierung und auch die Europäische Union eine neue Strategie eingeläutet, die hoffnungsvoll stimmt und fortgesetzt werden muss. Sie ist eingebettet in der Einsicht, dass die steigende Erwärmung unserer Erde nur erfolgreich durch eine global verbindliche einheitliche Klimapolitik aller Nationen bewältigt werden kann. Im Klartext heißt das aber auch, dass wir alle Verzicht üben und über eigene Verhaltensänderungen nachdenken müssen. Wer meint, das Geschehen könne weitestgehend im Umfeld eines Schlaraffenlandes ablaufen, der wird alsbald aus seinen Wunschträumen vertrieben.

Beschäftigen wir uns mehr damit, wie zukünftig die aufkommenden Lasten wirtschaftlich vertretbar und sozial verträglich abgesichert werden können, die die Klimapolitik schließlich zu einem Erfolg für uns alle zu macht.

Wir Menschen müssen als Teil der Natur der Umwelt einen Raum zurückgeben, der notwendig ist, die Welt im Einklang zu halten. Lassen Sie mich diesen Wunsch für die Senioren-Union einmal in dem Slogan zusammenfassen: Großeltern achten auf das Wohl ihrer Enkel!

Sicherheit und Bedeutung unseres Landes liegen vor allem in der Stärke unserer sozialen Marktwirtschaft, deren Merkmal die von Ludwig Erhard geprägte Bezeichnung „Wohlstand für alle“ lautet. In der Welt wurde einst vom „deutschen Wirtschaftswunder“ gesprochen. Es war aber kein Wunder, sondern es war der Mut und der Fleiß, der feste Wille und die Zuversicht der Deutschen, sich aus einer der fürchterlichsten Katastrophen ihrer Geschichte zurückzubringen in die westliche Demokratie- und Wertegemeinschaft. Dieses Verhalten hatte Erfolg und gibt Anlass zu neuer Hoffnung.

Niemand kann bestreiten, dass es die CDU war, die den Weg unseres Vaterlands nach Europa und die Segnungen der sozialen Marktwirtschaft im besonderen Maße bestimmt und gelenkt hat. Vom Ergebnis dieser Wirtschaftsordnung wird es auch in Zukunft abhängen, ob wir unseren Wohlstand erhalten und unsere sozialen Verpflichtungen auf die Dauer einhalten können. Mit schlotternden Knien gewinnt man keinen Halt.

Soziale und finanzielle Sicherheit im Alter sind ein hohes Gut. Deshalb ist für die Senioren-Union eine verlässliche und angemessene Sicherung im Alter der Lohn für eine erbrachte Lebensleistung. Geringe Altersbezüge dürfen nicht in eine Armutsfalle führen. Dazu brauchen wir über die Grundrente hinaus ein nachhaltiges Rentenkonzept, bei dem die Folgen für nachfolgende Generationen nicht unbeachtet bleiben dürfen. Die Idee von staatlichen Investitionen in eine Generationenrente scheint ein Schritt in eine denkbare Lösung zu sein. Das Problem der Alterssicherung bleibt jedenfalls auf der Tagesordnung und wird das Verhältnis von Alt und Jung nicht unberührt lassen. Ohne eine florierende Wirtschaftskraft mit sicheren Arbeitsplätzen wird sie wohl kaum zur Zufriedenheit aller enden. Stellen wir uns rechtzeitig auf diese Binsenwahrheit ein.

Für die Alterssicherung brauchen wir angesichts der Geburtenentwicklung und der an Tempo zunehmenden Digitalisierung neue Ideen, zu denen die Senioren-Union ihren Beitrag leisten wird.

Für die Wirtschaft und die soziale Stabilität werden in Zukunft die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt entscheidend sein. Fest steht, dass durch die neue Technik zahlreiche Arbeitsplätze entfallen.

Ich bin aber überzeugt, dass sich durch die geradezu revolutionär entwickelnde Technik ebenso viele, wenn nicht gar mehr Arbeitsplätze entstehen werden, allerdings unter der unausweichlichen Voraussetzung, dass unser Land eine Bildungs- und Forschungspolitik betreibt, die die Menschen in die Lage versetzt, auch die neuen Techniken zu beherrschen. Unbestritten ist jedenfalls, dass im Verlauf der Geschichte durch die Technik nicht weniger, sondern stets mehr Arbeitsplätze per Saldo entstanden sind.

Doch die Menschen mussten auch stetig dazu lernen. Dabei geht es nicht allein um eine zeitliche schulische, praktische oder universitäre Ausbildung. Es geht um weit mehr, und zwar um lebenslanges Lernen. Nur noch 5 bis 10 Jahre wird es in Zukunft dauern, bis ein erworbenes Wissen bereits wieder veraltet ist. Deshalb drängt die ältere Generation in diesem Umfeld auf besondere Mitwirkung und Beteiligung. Sie weiß, dass unser Land nur dann weiter im Kreis der Weltliga für Forschung und Wirtschaftskraft in den oberen Tabellenrängen angesiedelt bleibt, wenn Bildung und Ausbildung eine Vorreiterrolle in der deutschen Politik spielen. Dies muss aber in einer Weise geschehen, dass die ältere Generation nicht auf der Strecke bleibt.

Im neuen digitalen Feld muss sie sich ebenso selbstständig und unabhängig bewegen können wie die Jüngeren. Bildung und Weiterbildung müssen für alle Menschen in jedem Alter eine lebenslange Einheit bilden. Die Beherrschung der neuen Technologien ist zu einem unabänderlichen Bestandteil der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben geworden. Digitale Kompetenz ist in unserer Zeit unabdingbar auch zu einer der wichtigsten Kulturtechniken wie Lesen und Schreiben geworden, die die Fenster zur Welt öffnet und gleichzeitig Wissen und Informationen sowie Kultur und Unterhaltung vermittelt. Wenn ältere Menschen keinen Zugang zu dieser Technologie und keine diesbezügliche Schulung angeboten wird, dann erhöht sich deren Risiko auf soziale Ausgrenzung und Vereinsamung. Das wird umso schwieriger werden, als die Welt sich in digitalen Zeitalter mit einer nicht zu überbietenden Rasanz auch auf eine Weise verändert, vor der viele Menschen, nicht nur die Älteren, große Ängste haben, weil sie ihre persönliche Identität bedroht und sich einer Wirklichkeit ausgesetzt sehen, in der sie sich nicht mehr zurechtfinden und fürchten müssen, sogar von jedem anderen Erdbewohner mithilfe künstlicher Intelligenz in allen Lebenslagen überprüft und gleichsam durchleuchtet werden zu können. In einem solchen Umfeld fände das Individuum sein Ende und wäre für jeden Machthaber manipulierbar und allen seinen Interessen unterworfen.

Es erschauert, wenn am Ende sogar noch die Gedanken der Menschen erkannt und erfasst würden. Solchem Inferno gilt es durch wirksamen Schutz der individuellen Freiheiten bedingungslos entgegenzutreten. Die Senioren-Union wird einer ihrer Wortführer sein.

Was Ausbildung und Bildung anbelangt, muss die Politik an einem unveränderlichen Grundsatz festhalten, dass die soziale Herkunft und die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses keine Voraussetzung für Bildung und Ausbildung eines Menschen sein dürfen. Es käme einer unverzeihlichen Niederlage für unser Land gleich, wenn im bildungsfernen Milieu aufwachsende junge Menschen ihre berechtigten Chancen auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit mangels finanzieller Möglichkeiten oder anderer unverschuldeter Umstände nicht nutzen könnten. Bildung und Ausbildung zu missachten oder als nebensächlich zu betrachten, hieße die wirtschaftliche und soziale Sicherheit unseres Landes zu gefährden und sogar die Stärke der Demokratie in Frage zu stellen.

Ein besonderes Augenmerk in der Politik muss der medizinischen Betreuung und der medizinischen Forschung gelten. Es kann nicht sein, dass ganze ländliche Regionen keine Ärzte mehr aufweisen, während sich in den städtischen Bezirken zuweilen ein Übermaß an Ärzten niederlässt. Ich empfehle einmal mehr und intensiver darüber nachzudenken, dass mehr jenen Studenten die Zulassung zum Medizinstudium ermöglicht und auch erleichtert wird, die sich vorzeitig verpflichten, jedenfalls für eine bestimmte Zeit, eine Landarztpraxis zu übernehmen oder eine neue zu gründen. Den Bewohnern auf dem platten Land würde ein solches Verfahren weitaus mehr dienen als an den Universitäten Medizinstudenten auszubilden, die nach dem Examen nur eine Klinik bevorzugen oder sogleich in die Pharmaindustrie abwandern, weil dort gewöhnlich geregelte Arbeitszeiten bestehen und ein besseres Salär gezahlt wird.

Gewiss, meine lieben Freundinnen und Freunde, die Menschen können von der Politik vieles fordern, aber gesund machen kann die Politik sie sicher nicht.

Ich bleibe bei meiner Meinung, dass viele Krankheiten erst gar nicht auftreten würden, so man ein wenig mehr die Gelegenheit nutzen würde, sich gegen sie durch eine klügere Ernährung und körperliche Bewegung erfolgreicher zu wappnen, auch positive Gedanken können dabei nicht schaden. Warum eigentlich handeln so manche unserer Zeitgenossen immer noch nach dem bedenklichen Motto, in der ersten Hälfte des Lebens die Gesundheit aufs Spiel zu setzen, um viel Geld zu verdienen, um es in der zweiten Hälfte zur Gesundung wieder ausgeben zu müssen. Für die Gesundheitspolitik ist es jedenfalls allemal besser und vor allem billiger, Kosten zur Vermeidung von Krankheiten zu akzeptieren, als weitaus höhere Ausgaben leisten zu müssen, wenn die Krankheit erst ausgebrochen ist.

Keinesfalls darf übersehen werden, dass mit zunehmendem Alter der Gesellschaft und dem weiteren Anstieg der Lebenserwartung auch eine Zunahme der Pflege, sei es durch ambulante Pflegedienste in häuslicher Umgebung oder in Pflege- und Altersheimen verbunden ist. Wir sind gehalten, jetzt und heute die Personalsituation und die Arbeitsbedingungen in der Pflege und der medizinischen Betreuung zu verbessern und die dabei anfallenden Kosten und die Finanzstruktur in Verbindung mit der Kranken- und Pflegeversicherung zu überprüfen.

Deutschland muss allerdings Spitzenreiter in der medizinischen Forschung der Welt bleiben. Wir wissen, um nur diesen Teil zu nennen, dass Krebs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und psychische Erkrankungen weiter zunehmen. In Deutschland beispielsweise ist jährlich mit mindestens 500.000 neuen Krebserkrankungen bei zunehmender Zahl zu rechnen. Die Senioren-Union unterstützt deshalb nachdrücklich die gegenwärtig stattfindenden hoffnungsvollen Forschungen in der Tumorbekämpfung an verschiedenen deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Instituten. Wir

fordern die Forschungsministerien in Bund und Ländern auf, sich wesentlich koordinierter als bisher der medizinischen Forschung zu widmen. Die derzeitige Situation gibt jedenfalls Anlass, der Forderung der Senioren-Union nachzukommen.

Meine lieben Freundinnen und Freunde, 40 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger sind älter als 60 Jahre. Ihren Eintritt in den sogenannten Ruhestand betrachten sie mehrheitlich nicht mehr als den Eintritt in ihren Lebensabend. Im Gegenteil, sie empfinden ihn als Beginn einer neuen Epoche und suchen bislang nicht erlebte Aufgaben und wollen die Welt besser kennen lernen. Sie fühlen sich dazu auch fähig und vergleichen sich in ihrem Alter nicht mehr mit dem ihrer Eltern. Herumschubsen lassen sie sich schon gar nicht mehr. Vor allem aber wissen sie um ihre Stärke auch bei Wahlen. Sie wollen, um dies noch einmal klar und unzweideutig zu formulieren, weder eine Altenpolitik noch eine Altenrepublik, sie wollen dagegen endlich mehr beteiligt sein an der ursprünglichen Formulierung politischer Forderungen und schließlich auch an deren Durchsetzung. Mehr als ein Drittel aller sogenannten Nichterwerbstätigen ist in einem Ehrenamt tätig. Würden diese Aufgaben nicht geleistet, so käme das einem Kollaps unseres sozialen Systems gleich. Leider bleiben viele ihrer Arbeiten häufig unbeachtet, umso mehr aber würde man sie vermissen, so sie ausblieben. Man kann nicht genug auf einen solchen Tatbestand hinweisen.

Die Senioren-Union fordert schon aus diesen Gründen mehr Mitverantwortung und Mitarbeit in den Vorständen auf allen Ebenen unserer Partei, eingeschlossen eine deutlich erkennbarere Präsenz in den CDU-Fraktionen der Parlamente, vom Gemeinderat bis zum Europäischen Parlament, und letztlich auch, was ihr zuletzt sogar noch verweigert wurde, eine Vertretung in der Bundesversammlung. Solche Positionen stehen ihr zu, zum einen wegen ihrer nicht zu bestreitenden Berufs- und Lebenserfahrung, zum anderen aufgrund der Tatsache, dass bekanntlich nahezu 40 Prozent der Wähler älter als 60 Jahre sind und auch die Mehrheit der CDU-Mitglieder die 60 Jahre-Latte glatt übersprungen hat. Wir werden in Zukunft weiter nach den Gründen fragen, warum den älteren Abgeordneten in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion immer noch eine eigene Gruppe vorenthalten wird. Zwar wurde zwischenzeitlich ein Umdenken signalisiert, dann aber doch wieder zurückgezogen. Es dient jedenfalls weder den Interessen der Unionsfraktion noch entspricht es den Vorgaben politischer Klugheit, wenn man der größten Wählergruppe in der Politik nicht auch jene Beachtung durch eine eigene „Gruppe der Älteren“ beimisst, wie es mit Blick auf die Junge Union, die Frauen-Union, die Sozialausschüsse und die Mittelstandsvereinigung seit Jahren selbstverständlich ist.

Eine Politik, meine Freundinnen und Freunde, allein für die Senioren reicht nicht mehr, viel mehr ist eine Politik mit den Senioren angesagt. Ihre Beteiligung und Mitbestimmung bleibt unverzichtbar, will man in Zukunft auf sichere Mehrheiten hoffen können. Berufs- und Lebenserfahrung sind Merkmale einer soliden und besonnenen Politik, die Bevölkerung weiß das. Sie weiß aber auch, dass Elan, Begeisterungsfähigkeit, Kreativität, Reformfähigkeit, selbstverständlich auch Sturm und Drang der jungen Menschen

in der Politik ihren Platz haben müssen. Sie sind mit den Fähigkeiten der älteren Generation eine zusätzliche und feste Klammer in der Gemeinschaft von Älteren und Jüngeren. In unserer Partei nennt man sie deshalb nicht zu Unrecht die „Union der Generationen“. Das außergewöhnlich gute, enge und vertraute Verhältnis von Alt und Jung, von Enkeln und Großeltern, hat sich unter dieser Bezeichnung seit Jahren als ein großer Gewinn für die CDU herausgestellt, der nicht unwesentlich ihre Erfolge beeinflusst hat. Alt und Jung brauchen sich gegenseitig und sagen es auch. Das viel zitierte Tandem dient als Symbol für die beiden Vereinigungen, und so muss es bleiben.

Schlagworte wie „die Alten plündern die Jungen aus“ sind böse Unterstellungen, die nur Unfrieden stiften, den niemand braucht. Alt und Jung in unserem Land nehmen die einmalige Chance wahr, zusammen Sicherheit und Wohlstand zu erhalten und auszubauen. Das geht nicht gegeneinander, sondern nur miteinander.

Vor dem Hintergrund des Aufkommens neuer machtvoller Nationen in der Welt und nicht friedvoll agierender selbsternannte Gotteskrieger, die die christliche Kultur und die westlich orientierte Wertegemeinschaft ablehnen, teilweise sogar offen und grausam bekämpfen, müssen wir Europäer eine Antwort finden, die sich an der nicht zu leugnenden Realität orientiert und den Menschen in unserem Land die Sorgen nimmt. Lassen Sie mich dazu bei aller gebotenen Bescheidenheit eine Antwort geben, und zwar nicht allein als Deutscher, mehr noch als Europäer.

Unsere europäische Kultur hat ihre Wurzeln in der griechischen Philosophie mit ihren demokratischen Traditionen, im römischen Recht, den Wertvorstellungen des Christentums und den unwiderruflichen Postulaten der Aufklärung, die alle zum Fundament des europäischen Geisteslebens gehören und die am Ende den europäischen Verfassungen und denen jenseits des Nordatlantiks ihren einzigartigen freiheitlichen Rang verliehen haben. Das Christentum ist zwar nicht von Europa ausgegangen, aber in Europa hat es die geschichtswirksamsten Konturen und seine wesentlichen intellektuellen Ausprägungen gefunden. Es bleibt deshalb in einzigartiger Weise mit unserem Kontinent verbunden.

Für diese Kultur und die daraus resultierenden Gesetze haben Millionen von Frauen und Männern in einem mehr als 3.000 Jahre währenden Prozess Frieden und Freiheit gesucht und gewollt und dafür häufig unter unermesslichen Opfern leiden müssen. Alle diese Umstände und Entwicklungen in Europa waren es, die das rechtliche Denken der Deutschen heute im Grundgesetz widerspiegelt. Diesem Gesetz gemäß heißen wir jeden, der Frieden und Verständigung sucht, in unserem Land willkommen.

Mitglieder anderer Religionen haben alle das Recht, in unserem Land ihren Glauben zu praktizieren, wie es unsere Verfassung erlaubt. Aber niemand von ihnen wird daran gehindert, einmal darüber nachzudenken, dass Christen zu den am meisten verfolgten Gläubigen in der Welt gehören und für ihre Bekenntnistreue hart bestraft werden, nicht

selten mit der Todesstrafe. Doch Christen sind und bleiben zum Dialog mit Andersgläubigen bereit. Ein Dialog kann aber nur funktionieren, wenn alle Beteiligten sich an gemeinsame Regeln und an gemeinsame Wertevorstellungen halten. Dialogbereitschaft bedeutet aber nicht Standpunktlosigkeit.

Wer sich hingegen von den Vorgaben unserer Verfassung eingeengt fühlt, ihre Forderungen sogar als Angriff auf seine persönliche Identität empfindet, dem gibt unsere freiheitliche Verfassung jederzeit das Recht, unser Land wieder in voller Freiheit verlassen zu können. Einen Rabatt auf das Grundgesetz, in welcher Form auch immer, wird es nicht geben, daran müssen sich alle, insbesondere die Clans gewöhnen.

In jedem Fall sind Parallelgesellschaften, die sich unterschiedlichen Gesetzen und Wertevorstellungen verbunden fühlen, in unserem Land unerwünscht. In Deutschland gilt die Scharia ebenso wenig wie ungleiches Recht für Mann und Frau. Das müssen in unserem Land alle, wohlgerneht alle Religionen, akzeptieren, und das wird auch so bleiben.

Wenn sogenannte Gotteskrieger unsere säkularen Lebensformen bedrohen, sogar auf Leben und Tod, dann helfen bloße Beschwichtigungen und Mahnungen zur Toleranz keinen Schritt weiter. Wir Europäer müssen uns darüber klar sein, sehr klar sogar, wofür wir stehen, zu welcher Gegenwehr wir bereit sind. Technischer Fortschritt und all' unser Reichtum allein werden auf die Dauer kein wirksamer Schutzschild sein. Wenn der unser gemeinsames Europa und der die sogenannte westliche Welt prägende Freiheitsgedanke ins Wanken gerät, ist neben dem freien Glauben auch die Demokratie in Gefahr. Wer das nicht einsieht, hat augenblicklich den Kampf verloren.

Wir Christdemokraten brauchen wieder mehr Stehvermögen und Beharrlichkeit in der Verfolgung unserer politischen Ziele. Wir können es, wenn wir Mut beweisen und standhaft bleiben, wie es die Älteren in der Partei bei anderen nicht weniger schwierigen Problemen in der Nachkriegszeit mit Erfolg gezeigt haben. Hasenfüße waren die Frauen und Männer, die die CDU gründeten, jedenfalls nicht. Und der Geist, der sie dabei beseelte und für den viele vor Freislers Blutgericht ihre Leben ließen, sollte uns Mahnung genug sein, zu unserer Pflicht zu stehen. Jammern allein nützt überhaupt nichts und bringt uns angesichts der neuen Herausforderungen in der Nach-Corona-Zeit, den Tagen der entsetzlichen Überflutungen und den Horrorszenarien in Afghanistan nicht weiter. Gleichgültigkeit und schwache Nerven sind auch keine geeigneten Mittel, mit den aufkommenden Gefahren fertig zu werden. Stattdessen brauchen wir eine neue und kräftige Brise frischer Luft in unserer Partei, die den Kopf freimacht, die Zukunft frei und sicher zu gestalten. Unbestritten kann die ältere Generation darauf verweisen, dass Menschen schon früher vor schier unlösbaren Problemen standen und dann im gemeinsamen Schulterschluss, dem nötigen Selbstvertrauen, mit Zuversicht und unbeugsamer Hoffnung, einen Ausweg aus der Krise suchten und ihn gefunden

haben. Am Ende des Weges standen ein nicht mehr für möglich gehaltener Wohlstand, eine blühende Demokratie und die Mitgliedschaft in einem vereinten Europa.

Die Mitglieder der Union können mit ihrer Politik einmal mehr beweisen, dass sie auf ihre Weise in schwierigster Zeit, weit mehr als heute, mit rechtem Maß und der gebotenen Standhaftigkeit unser Land in die Mitte der westlichen Demokratie- und Wertegemeinschaft zurückführen konnten. Keinen Augenblick haben sie sich dabei neuen Erkenntnissen und Änderungen in der Welt gegenüber verschlossen gezeigt. Billige Anpassung an den Zeitgeist war aber nicht ihre Methode.

Die Union war im Endergebnis immer die modernste Partei in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und die erfolgreichste Volkspartei in der Nachkriegsgeschichte Europas, weil sie ohne ideologische Scheuklappen agierte, stattdessen Vernunft und Realitätssinn, Verlässlichkeit und Machbarkeit ihre Politik bestimmten. Und weil sie mit diesen zeitlos gültigen und bewährten Tugenden Erfolg hatte, wird sie sich auch weiter an diesem Erfolgskonzept ausrichten, nämlich die Geschicke des deutschen Vaterlandes so zu lenken, wie das in der unauflöselichen Verbindung mit einem freien und geeinten Europa im Bündnis der atlantischen Gemeinschaft geboten ist. Wer mehr als die Union ist durch Professionalität ausgewiesen, die gerade heute bestehenden großen Herausforderungen wie Sicherheit, Klimaschutz, Digitalisierung, stärkere Wirtschaftskraft und sozialen Ausgleich zu bewältigen und sie im Interesse aller Menschen weitestgehend zu lösen. Wir können es und werden es bewegen! Und zeigen wir mehr ein fröhliches Gesicht.

Wer dagegen noch im Schlaf die Stirn runzelt und ständig nur über Krisen, Katastrophen, unentrinnbaren Schwierigkeiten und dunkler Zukunft spricht, ist nicht nur ein unliebsamer, eher ein nicht brauchbarer und hinderlicher Begleiter im politischen Tagesgeschäft, mehr noch, er hat die Fähigkeit verloren, Probleme zu lösen, weil er die Zukunft vor lauter Ängste ausblendet.

In diesem Zusammenhang erlauben Sie mir noch eine ganz persönliche Bemerkung.

Es wäre sicher ein bemerkenswertes Zeichen von Solidarität – von Dankbarkeit will ich nicht sprechen – wenn Parteimitglieder, die mit der solidarischen Unterstützung vieler anderer Parteifreunde in hohe politische Ämter gelangt sind, ohne deren Hilfe sie nie die erstrebte Funktion erlangt hätten, hin und wieder zumindest bei Wahlen auch einmal ein hilfreiches Wort in der Öffentlichkeit für die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU verlieren würden, Solidarität ist keine Einbahnstraße. Rot-Rot-Grün als Ergebnis der Bundestagswahl wäre eine kaum zu ertragene Belastung für die wirtschaftliche Prosperität und Sicherheit unseres Landes.

Die Nachfolgepartei der SED in einer deutschen Bundesregierung zu sehen, hieße alle Erfahrungen der deutschen Nachkriegsgeschichte in den Wind zu schlagen. Den Mau-

erexperten unseligen Angedenkens würde man die Genugtuung verschaffen, ein zweites Mal gegen die NATO, gegen ein Vereintes Europa und gegen die Marktwirtschaft zu agieren, die uns die Freiheit erhalten und Wohlstand geschenkt haben. Die Nachfolgepartei der SED, die sich kürzlich bei der Abstimmung im Bundestag über die Luftbrücke der Bundeswehr zur Rettung schutzbefohlener Afghanen der Stimme enthielt, beweist einmal mehr deren Haltung für die freiheitliche Demokratie.

Den linken Herrschaften wird anempfohlen, sich einmal bei den Geretteten über deren Schicksal zu erkundigen. Es gibt Parallelen zu den Geflüchteten, die seinerzeit die Mauer überwand und Ähnliches berichteten, wie das bei den Geretteten im Rahmen der Luftbrücke der Bundeswehr der Fall war. Eine solche Partei wie die Linke gehört nicht in eine deutsche Bundesregierung. Sie würde die deutsche Politik im Rückwärtsgang in die graue Welt sozialistischer Bevormundung und Gängelung hineinkatapultieren, jede Eigeninitiative lähmen und das Land durch unverantwortliches Schuldenmachen an die Wand fahren.

Herr Scholz hat kürzlich erklärt, sich auch im Falle einer Kanzlerwahl nicht mehr um den Vorsitz der SPD zu bewerben. Das bedeutet aber, dass Frau Eskens mit Herrn Kühnert und dessen kryptosozialistischem Juso-Gefolge die Schuldenbremse nicht nur lockern, sondern vollends beiseiteschaffen. Die Grünen bieten sich bei diesen Vorhaben schon seit geraumer Zeit als gelehrige Schüler an. Frau Baerbock als Bundeskanzlerin, die nicht einmal ihren Lebenslauf korrekt beschreiben kann, an der politischen Spitze eines 83 Millionenvolkes zu wissen, die mit den Mächtigen der Großmächte „ihre Frau“ stehen muss, beunruhigt mich weit über das normale Maß hinaus. Das muss verhindert werden.

Im übrigen empfinde ich es mehr als eine Zumutung, wenn in der politischen Auseinandersetzung viele Grünen-Politiker meinen, nur ihnen stünde ein Anspruch auf moralische Autorität in der Politik zu, und das gegenüber unserer Partei, die seit 75 Jahren unser Land aus dem Chaos herausgeführt und in einen selbst von Gutwilligen nicht für möglich gehaltenen Wohlstand in persönlicher Freiheit geführt hat. Unser Land hat in der Tat eine schönere Farbenkombination in der Politik verdient als Rot-Rot-Grün.

Die ältere Generation stellt auch bei dieser Bundestagswahl mehr als 40 Prozent aller Wahlberechtigten, und ihre Wahlbeteiligung liegt noch um etliche Prozent darüber. Sie hat genug Sorgen erlebt und überlebt und weiß, wie man schwere Tage überwindet. Die meisten dieser Generation votieren stets mit großer Mehrheit für die Union. Nicht zuletzt deshalb wird die Senioren-Union im Wahlkampf selbstsicher und argumentativ darauf verweisen, dass Maß und Besonnenheit, Zuverlässigkeit und Beharrlichkeit ihren Platz in der Politik behalten müssen, wenn nicht durch Übermut, Selbstüberschätzung und waghalsige Experimente Wohlstand und Sicherheit aufs Spiel gesetzt werden sollen.

Die Union steht als Partei der Mitte zwischen rechter und linker politischer Einäugigkeit und abseits von jener Art Moralisten, die sich als selbsternannte, unantastbare Heilsbringer verstehen. Unser Land und das gemeinsame Europa, vereint im atlantischen Bund, haben noch lange nicht ausgedient. Im Gegenteil, Europas Beitrag zur Kultur, zum Frieden und zum wirtschaftlichen Aufstieg aller Staaten in der Welt steht erst am Anfang des Erfolges. Dieses Zeichen von Hoffnung und Zuversicht muss unseren Wahlkampf begleiten. Ein Ergebnis mit der CDU/CSU als stärkste Fraktion im Bundestag und ein die neue Bundesregierung führender Bundeskanzler Armin Laschet wären nicht nur für unser Land, sondern weit darüber hinaus ein Ereignis, das berechtigten Optimismus für die Zukunft auslösen würde. Unser Land im Kreis seiner europäischen Nachbarn und Freunde überall in der Welt trägt seine Verantwortung für Freiheit und Demokratie ohne Wenn und Aber. Diese Verpflichtung macht uns Deutsche sehr stolz, so dass wir jederzeit freudig bekennen können, auch hier und heute: Es lebe unser geliebtes deutsches Vaterland!